

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat

Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

An Solidarität wird heute häufiger und aus unterschiedlicheren politischen Richtungen appelliert, als das in der jüngeren Geschichte der Fall war. Inhaltlich kann es dabei um so unterschiedliche Dinge gehen wie den Schutz sogenannter Risikogruppen vor Ansteckung in einer Epidemie, um den Zusammenhalt der EU-Mitgliedsstaaten in einer Finanzkrise oder um bessere Arbeitsbedingungen für eine Berufsgruppe. Wir analysieren in diesem Beitrag, welche Haltungen der Solidarität in der österreichischen Bevölkerung verbreitet sind und wie sie sich auf den Umgang mit sozialer Ungleichheit im demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auswirken. Dabei stehen die Einschätzungen des Sozialstaates als institutionalisierte Form der Solidarität im Vordergrund.

Unter Solidarität verstehen wir in diesem Zusammenhang besondere Formen der Beziehungen der Menschen zueinander (Bayertz 1999, Dallinger 2009, Smith / Sorrell 2014). Diese beinhalten die Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung, wenn jemand in eine Notlage gerät oder es um das Verfolgen gemeinsamer Ziele geht. Beides kann sich auf eine Verbundenheit der Einzelnen und bisweilen auf ein Gemeinschaftsgefühl stützen. Insofern Solidargemeinschaften häufig abgegrenzte Gruppen umfassen, hat Solidarität häufig auch eine Schattenseite, nämlich die Ausgrenzung jener, die nicht zur Solidargemeinschaft gezählt werden.

Wir stützen uns bei der Darstellung der Solidaritätsvorstellungen und ihrer Folgen auf die Studie „Solidarität in Zeiten der Krise“, die zwischen 2016 und 2019 durchgeführt wurde.¹ Die Typologie von Solidaritätsmustern, um die es im Folgenden gehen wird, entstand auf Basis von 48 qualitativen Interviews in mehreren österreichischen Bundesländern, die sich um die berufliche Laufbahn und Erfahrungen in der Arbeitswelt, die Lebenssituation und deren Veränderung

1 Das Projekt wurde vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF (Nr. I 2698-G27) gefördert.

und darüber hinaus um Einschätzungen zum sozialen Zusammenhalt, zu Gerechtigkeit und zu politischen Entwicklungen in Österreich drehen.²

Solidarität und soziale Ungleichheit – eine Bandbreite von Haltungen

Die Solidaritätsmuster, um die es im Folgenden geht, umfassen Gefühle der Gleichheit und der Zusammengehörigkeit mit anderen, Vorstellungen über die Grenzen der Eigengruppe, die eine Solidargemeinschaft bildet, sowie empfundene Verpflichtungen den anderen gegenüber. Wichtige Merkmale dieser Muster oder Typen sind zudem Gerechtigkeitsprinzipien; dabei geht es um die Frage, ob die Zuteilung von Gütern oder die Gewährung von Vorrechten gleichmäßig erfolgen soll oder mit der Leistung und dem Beitrag der Personen, mit ihrer Bedürftigkeit oder mit ihrem Status, z.B. im Sinne von Geburtsvorrechten, zu begründen ist. Unter Anwendung dieses Solidaritätskonzepts konnten in der österreichischen Bevölkerung sieben Typen festgestellt werden. Insgesamt ergeben sie ein detailliertes Bild davon, wie Bürger*innen soziale Ungleichheit wahrnehmen und wie sie im demokratischen Prozess darauf bezogen angesprochen werden können.

Der erste Typ („Für einander einstehen“) zeigt eine Solidaritätskonzeption, die sich im Unterschied zu allen anderen Typen kämpferisch für eine umfassende Veränderung der Gesellschaft zum Wohl der Benachteiligten ausspricht. Diese Personen verorten sich in der gesellschaftlichen Hierarchie „unten“ bei den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sie folgen einer globalen Ungleichheitsperspektive, bringen Solidarität also mit allen Benachteiligten der Welt zum Ausdruck. Auch steht bei ihnen die Leistung in der Erwerbsarbeit nicht im Vordergrund, wenn es um die Definition der Ansprüche an die Gesellschaft geht. Die Gruppe spricht sich für massive Umverteilung und eine Stärkung des Sozialstaates aus. Diese Befragten kamen aus urbanen Milieus, hatten mittlere bis hohe Bildungsabschlüsse, befanden sich aber aufgrund unterschiedlicher Umstände in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen oder in Arbeitslosigkeit.

Der zweite Typ („Sich für andere einsetzen“) spricht aus der Position der Privilegierten in einer Gesellschaft, also jener Personen mit hohen Bildungsabschlüssen, hohem Einkommen und teilweise auch Besitz. Aus ihrer sowohl nationalstaatlich als auch global gesehen begünstigten sozialen Lage leiten diese Personen die Verantwortung ab, sich für andere zu engagieren, die in schwierigen materiellen Situationen sind. Sie zeigen damit eine altruistische Solidarität privilegierter Klassen, die nicht davon ausgehen, dass sie in die Lage jener Menschen geraten könnten, für die sie Hilfe und Unterstützung befürworten oder auch organisieren (Geflüchtete, Obdachlose etc.). Aufgrund ihrer Privilegien fühlen sie sich zu aktivem solidarischem Handeln verpflichtet, aber auch zur

2 Die Untersuchung, die gefundenen Typen, einzelne Lebensgeschichten sowie die hier knapp referierte Argumentation werden im Detail im Buch „Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft“ vorgestellt, das 2019 im Promedia Verlag erschienen ist.

Zahlung höherer Abgaben und Steuern, um gesellschaftliche Ungleichheiten zu mildern, ohne dass sie aber für deren Überwindung eintreten würden. Durch die Bereitschaft zu finanziellen Beiträgen stützen sie den Sozialstaat.

Der dritte Typ („Fordern und fördern“) zeichnet sich dadurch aus, dass die ausgedrückte Solidarität an Bedingungen geknüpft wird. Unterstützung und Hilfe ist für diese Befragten zwar selbstverständlich, wenn jemand Hilfe benötigen sollte. Ebenso wichtig ist ihnen aber auch, dass die Bedürftigen aktiv an der Überwindung ihrer Notlage mitwirken. Diese Gruppe richtet nicht nur Erwartungen an die Individuen, etwa durch ein entsprechendes Bemühen den Anforderungen der Erwerbstätigkeit zu genügen, sondern nimmt auch die Solidargemeinschaft in die Pflicht, den Individuen Unterstützung anzubieten, damit diese den Erwartungen nachkommen können. Diese Befragten beziehen die von ihnen betonte Verpflichtung der Gemeinschaft, Bedürftigen unter die Arme zu greifen, durchaus auch auf sich selbst, was sich an ihrem Engagement und ihrer aktiven Hilfe für Menschen auf der Flucht zeigt. Auch diese Gruppe stützt mit ihrer Solidaritätsvorstellung den Sozialstaat, möchte ihn aber eher aktivierend als fürsorgend ausgerichtet sehen.

Der vierte Typ („Leistung muss belohnt werden“) zeichnet sich dadurch aus, dass Solidarität vordergründig an das Leistungsprinzip geknüpft wird. Wer in Form von Erwerbsarbeit einen Beitrag zum Gemeinwohl leistet, hat Anspruch auf Unterstützung in Notlagen und erwirbt dadurch auch einen Anspruch, in die Solidargemeinschaft voll aufgenommen zu werden – egal woher er oder sie kommt. Erwerbsarbeitslosigkeit sehen diese Befragten eher als Folge von Arbeitsmarktproblemen und weniger von individuellen Schwächen, worin ein höheres Maß an Solidarität mit den Erwerbsarbeitslosen zum Ausdruck kommt. Das rührt unter anderem auch von ihren eigenen Erfahrungen mit Ausbeutung durch die Besitzenden her. Wir können hier also eine latente Klassensolidarität erkennen, welche auch in etwas anderer Form bei Typ 1 zu finden ist. In der Haltung zur sozialstaatlichen Absicherung kommt wiederum das Leistungsprinzip zum Tragen: So befürwortet diese Gruppe etwa bei der Arbeitslosenunterstützung einen angemessenen Abstand zu dem aus aktiver Erwerbsarbeit erzielbaren Einkommen, weil andernfalls Gefühle der Ungerechtigkeit bei ihnen entstehen.

Der fünfte Typ („Die moralische Ordnung erhalten“) macht Rechtschaffenheit und Anständigkeit zu Bedingungen für Solidarität. Der Unwilligkeit, die geltenden moralischen Werte zu respektieren und ihnen zu entsprechen, wird mit entsprechender Härte und Ausgrenzung begegnet. Diese Personen sehen Erwerbstätigkeit als moralische Verpflichtung der Gesellschaftsmitglieder. Damit dieser alle nachkommen, befürworten sie vom Staat ausgeübten Zwang. Im Vergleich zu den anderen Typen finden wir hier die stärksten autoritären Aggressionen gegenüber Erwerbsarbeitslosen. Wie auch jene des Typs 3 und 4 sehen sich diese Personen als „Leistungsträger*innen“ in dem Sinne, dass sie durch ihre eigene Erwerbsarbeit und die Steuern, die sie bezahlen, einen zentralen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Sozialstaates und der Gesellschaft leisten.

Für den sechsten Typ („Mehr für die Unsrigen tun“) ist die Identifikation als „Österreicher*innen“ zentral. Aber wer zu den Österreicher*innen zu zählen ist, bleibt relativ offen. Unterscheidungen und Ungleichwertigkeiten werden erst dann aktiviert, wenn der Eindruck entsteht bzw. ihnen vermittelt wird, dass sie gegenüber potentiell neuen Mitbewohner*innen des Landes benachteiligt werden. Diese Personen sprechen aus der Perspektive sozial Benachteiligter, deren enttäuschte Erwartungen an einen fürsorglichen Sozialstaat in einem Verteilungskonflikt mit Migrant*innen zum Ausdruck kommen.. Aus ihrer Sicht gibt der Staat anderen mehr Zuwendung und benachteiligt dadurch die eigene Gruppe. Gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten werden als schmerzhaft empfunden, doch ein etwaiger politischer Widerstand dagegen scheint in wohlfahrtschauvinistische Bahnen umgelenkt worden zu sein.

Typ sieben („Unter sich bleiben“) macht sich für eine ethno-nationale Solidargemeinschaft stark und sieht darin sowohl für Fremde als auch für weniger leistungsfähige Gesellschaftsmitglieder nur einen sehr begrenzten Platz vor. Die Solidarität gilt demnach der eigenen Gruppe der „Leistungsträger*innen“ – hier verstanden als gut qualifizierte und gut verdienende „Einheimische“. Ausgrenzung findet dabei sowohl nach „unten“ statt (niedriger Qualifizierte, Nicht-Akademiker*innen) als auch gegenüber Migrant*innen, denen Vertreter*innen dieses Typs mit kulturrassistischen Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002) begegnen. Im Vordergrund steht das Anliegen, die Interessen der Eigengruppe zu wahren. Der Sozialstaat wird daher auch in erster Linie als Serviceeinrichtung betrachtet, welche die Aufgabe hat, diese relativ privilegierte Gruppe zu unterstützen. Die Personen sehen ihre Lebenswelt, aber auch wie Typ 6 ihre Ansprüche an das Sozialsystem, die sie durch ihre Erwerbsarbeit erworben haben, durch Zuwanderung bedroht.

Solidaritätsvorstellungen und die demokratischen Auseinandersetzungen über soziale Ungleichheit

Diese kurzen Skizzen der empirisch vorzufindenden Solidaritätsvorstellungen deuten schon an, mit welchen Botschaften die verschiedenen Personen politisch ansprechbar sind und ob sie für zivilgesellschaftliches Engagement gewonnen werden können. Es wird auch deutlich, dass wir keine Spaltung zwischen solidarischen Haltungen einerseits und unsolidarischen andererseits vor uns haben, sondern eine deutlich größere Vielfalt von unterschiedlichen Solidaritätskonzepten. Daran wird auch der mehrdimensionale Charakter von Solidarität (Stjernø 2005) sichtbar, wobei sich die Grundlagen und die Reichweite der Solidarität sowie Gerechtigkeitsprinzipien als die wichtigsten Dimensionen erwiesen. Im Mittelbereich zwischen den beiden gegensätzlichen Haltungen – umfassend solidarisch auf der einen Seite, sehr eingegrenzt solidarisch auf der anderen - wurden Ambivalenzen erkennbar, denen im demokratischen Willensbildungsprozess insofern große Bedeutung zukommt, als sie je nach Situation und öffentlichem

Diskurs zu unterschiedlichen Meinungen und politischen Handlungen führen können.

Die Solidaritätsvorstellungen lassen sich meist vor dem Hintergrund der sozialen Herkunft, der beruflichen Laufbahn und der aktuellen Lebenssituation der Befragten verstehen. Aufgrund unterschiedlicher Mentalitäten und politischer Orientierungen sind manche Gruppen für zivilgesellschaftliches Engagement zu gewinnen und andere nicht, oder es werden rechtspopulistische und -extreme Botschaften von den einen aufgegriffen, von den anderen aber abgelehnt. Es können aber zugleich verschiedene Personen und Gruppen aus ganz unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Zusammenhängen für ähnliche Ziele gewonnen werden. Wie die Gegenüberstellung von Typ 1 und Typ 2 gezeigt hat, ist das Engagement in der Hilfe für Geflüchtete für die einen Teil eines mit diesen gemeinsam geführten Kampfes gegen Ungleichheit und Unterdrückung, für die anderen eine Verpflichtung für Privilegierte, den Notleidenden zu helfen. Manche bringen in ihrer Beteiligung an Hilfsaktivitäten ihr politisches Engagement zum Ausdruck, während dies andere als unpolitische Unterstützungsleistung wahrnehmen.

Überraschend und für unsere Argumentation hier sehr wichtig waren die Aussagen zum Thema soziale Ungleichheit jener Personen, die wir dem Typ 2 („Sich für andere einsetzen“) zugeordnet haben. Es handelte sich dabei um Ärzt*innen, Architekt*innen, Unternehmensberater*innen, AHS-Lehrer*innen, Informatiker*innen und Pflegewissenschaftler*innen. Sie stehen zum Sozialstaat, sprechen sich gegen Einsparungen auf Kosten Bedürftiger aus und sind bereit, ihren Teil zur Finanzierung beizutragen. Als im Jahr 2015 viele Fluchtmigrant*innen in Österreich ankamen, engagierte sich diese Gruppe. In diesem Zusammenhang betonten einige ihre Dankbarkeit dafür, dass es ihnen auf diese Weise möglich war, Einblicke in Lebenswelten zu bekommen, die sie in „der geschützten Werkstätte ihres Lebens“ sonst nicht hätten gewinnen können. Sie sind in ihren sozialen Kreisen nicht mit Armut und Existenzbedrohung konfrontiert, weshalb es einer Ausnahmesituation bedurfte, etwas über solche Wirklichkeiten zu erfahren. Manche äußern aufgrund ihrer privilegierten sozialen Position die Meinung, in Österreich gehe es ohnehin allen gut; dafür Sorge im Großen und Ganzen auch der Sozialstaat. Mangels Einblicks bleibt die verbreitete Armut in Österreich für solche Personen also unsichtbar.

Auf Seiten jener, die sich gegen eine Aufnahme von Geflüchteten im Land aussprechen, gibt es verschiedene Gründe für ihr begrenztes Solidaritätskonzept. Es kann mit der aus dem Rechtsextremismus stammenden Orientierung verbunden sein, dass es unterschiedliche „Völker“ quasi als Organismen mit gleichbleibenden Merkmalen gäbe und diese besser getrennt (und unvermischt) bleiben und in ihren angestammten Ländern leben sollten. Die Möglichkeit der Assimilation von Fremden wird aus einer solchen Perspektive abgestuft gesehen: Für Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien sei das realistischer als für jene aus der Türkei. Aus Afrika sollten erst gar keine Geflüchteten in Europa ankommen dür-

fen. In ihrer Ablehnung von Migrant*innen spielen rassistische Vorurteile eine große Rolle. Davon ist jene wohl größere Gruppe zu unterscheiden, die gegen eine Aufnahme von Migrant*innen nichts Grundsätzliches einzuwenden hat, aber den Abstand zur nationalen Eigengruppe und eine Bevorzugung letzterer gewahrt wissen will. Auch hier kommt insofern ein rassifizierendes Vorurteil ins Spiel, als Individuen nicht in ihrer Vielfalt wahrgenommen und entsprechend behandelt werden, sondern nur als Mitglieder einer nach der Herkunft oder der „Kultur“ konstruierten Fremdgruppe. Bei wiederum anderen steht dagegen das Verhalten und die Leistung einzelner Geflüchteter im Vordergrund. Wer sich aus seiner misslichen Lage herausarbeitet, wer „sich integriert“ und durch Arbeit etwas zum Wohl des Landes beiträgt, ist willkommen. Aufgrund der gestellten Bedingungen und wegen der Erfahrung, dass sich nicht alle Geflüchteten danach verhalten (können), ist aber auch diese Gruppe ansprechbar für ausgrenzende politische Botschaften.

Die Interviews und ihre Interpretation haben also deutlich gemacht, dass einander entlang der verschiedenen Spaltungslinien keineswegs homogene Gruppen gegenüberstehen. Dem ist aber noch eine weitere wichtige Differenzierung hinzuzufügen: Nicht nur die Gruppen sind vielfältiger als es oft den Anschein hat, auch die Haltungen und politischen Orientierungen einzelner Personen können in hohem Maße ambivalent sein, einzelne Personen also unterschiedliche Haltungen in sich vereinen. Ein gutes Beispiel dafür ist der oben dargestellte Typ 4: „Leistung muss belohnt werden“. Diese Personen verknüpfen unterschiedliche Haltungen sehr eng miteinander: Die Klage über zu niedrige Löhne und zu geringe Anerkennung der Arbeiter*innen steht im Zusammenhang mit der Feststellung sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und unberechtigter Privilegien der Reichen. Man kann eine Selbstzuordnung zur Arbeiterklasse und Solidarität insbesondere mit den anderen Arbeiter*innen erkennen. Zugleich grenzen sich diese Personen von jenen Arbeitenden ab, die längere Zeit erwerbslos sind, und klagen darüber, dass man im Fall der Erwerbslosigkeit „für's Nixtun mehr bekommt als für's Arbeiten-Gehen“. Andererseits äußern die Befragten dieses Typs Verständnis für diejenigen, die nicht bereit sind, für einen zu niedrigen Lohn höchst anstrengende Erwerbsarbeit zu leisten. Daran zeigt sich, wie wichtig die politischen Rahmungen und die konkret angesprochenen oder evozierten Situationen sind, wenn im demokratischen Prozess zum Beispiel die Höhe des Arbeitslosengeldes verhandelt wird.

Häufig, und besonders deutlich bei Typ 6, kommt die Vorstellung zum Ausdruck, die Zugewanderten bekämen nun etwas, das zuvor den (österreichischen) Bedürftigen vorenthalten worden wäre. Die zur Unterstützung der Menschen auf der Flucht mobilisierten Ressourcen der Gesellschaft führten ihnen vor Augen, was in einem reichen Land alles möglich ist, wenn es darum geht, Bedürftigen zu helfen und deren Not zu lindern. Man kann in den Vorbehalten gegen die Unterstützung Geflüchteter auch die Verwunderung der Befragten darüber erkennen, dass diese Möglichkeiten abseits von Ausnahmesituationen, wie es die Ankunft

einer großen Zahl von Menschen auf der Flucht ist, nicht genutzt werden. Es gäbe ja viele bei uns, die es schwer haben, heißt es. Und wenn man selbst etwas brauche, sei es schwer, es zu bekommen.

In diesen Sichtweisen kommt viel zusammen: die Kritik an der Sozialbürokratie, die einem etwas nicht gewährt, worauf man meint Anspruch zu haben; die Wahrnehmung einer Schieflage zwischen den langjährigen eigenen Beiträgen durch Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung einerseits und der Behandlung beim AMS oder der Höhe der Pension andererseits; die Unterordnung und erbrachten Opfer, für die in einer veränderten Arbeitswelt Gegenleistungen in Form von Sicherheit oder Aufstieg immer öfter ausbleiben und manch anderes. Nun machten viele die Erfahrung, dass für die Geflüchteten in kurzer Zeit abseits von komplizierten Regeln über Beitragsleistungen und daraus resultierenden Ansprüchen Unterstützung teils vom Staat, teils von der Zivilgesellschaft geboten wird. Nun wären Armut in einem reichen Land wie Österreich und zu niedrige Löhne und Pensionen eigentlich immer schon empörend gewesen, blieben vermutlich aber ausgeblendet. Einige Befragte betonten, es habe immer geheißen, dies und das könne sich das Land nicht leisten, aber „plötzlich ist Geld da“. Es brauchte also die Konfrontation mit der – in den Medien übertrieben dargestellten – Unterstützung für geflüchtete Menschen, um diesen Schleier zu lüften, der über den gegebenen Möglichkeiten eines reichen Landes wie Österreich lag.

Schlussbemerkung

Die in den Interviews zum Ausdruck gebrachten Haltungen sind, wie sich gezeigt hat, in vieler Hinsicht vom öffentlichen Diskurs beeinflusst. Die Haltungen zum Sozialstaat, die Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit oder die Meinungen zur Aufnahme Geflüchteter spiegeln vielfach die über die Medien laufende öffentliche Auseinandersetzung wider. Auffallend ist, wie wenig die Klassenunterschiede und die sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich zum Thema wird. Dagegen wird häufig die angeblich großzügige Unterstützung der Geflüchteten als Ungleichbehandlung erlebt. Nur die Befragten in Typ 1 („Für-einander-einstehen“) haben die Klassenunterschiede in der Gesellschaft und die damit verbundenen Interessen offen angesprochen. Bei Typ 4 („Leistung muss belohnt werden“) sind sie insofern präsent, als davon gesprochen wird, dass die Arbeitenden für den Gewinn der Arbeitgeber*innen Leistung erbringen, sie selbst aber wenig abbekommen. Von den anderen Gruppen bleiben Klassenlagen und -interessen ausgeblendet und scheinen tabu zu sein – ebenso wie die Gegensätze zwischen Arm und Reich. Dies erleichtert es Parteien, andere Spaltungslinien politisch zu nutzen und latente fremdenfeindliche und autoritäre Haltungen situationsbezogen zu aktualisieren.

Rechtspopulist*innen etwa finden mit ihrer Warnung vor einer „Zuwanderung in das Sozialsystem“ Gehör und punkten mit ihrem Ruf nach Fairness für „die Österreicher“. Die so suggerierte Spaltungslinie kann auch deshalb in den

Vordergrund rücken, weil sie gleich mehrere Anknüpfungspunkte bietet: Für die Benachteiligten wirkt die Hilfe für die Neuen auf der Grundlage eigenen Leids und eigener Erfahrungen als Provokation; für die Bessergestellten dienen die Bedürftigen unter „den Unsrigen“ als Argument, wenn es um die Abwehr eines diffus wahrgenommenen Umbruchs der gesellschaftlichen Ordnung geht, welcher die eigenen Vorrechte beeinträchtigen könnte; für wiederum andere kommt es im Sinne eines „Teile-und-Herrsche“ ihren Interessen zugute, wenn Benachteiligte in der Gesellschaft nach nationalen Kriterien getrennt und gegeneinander ausgespielt werden. Werden mit emotional aufgeladenen, aber inhaltlich relativ offenen Botschaften verschiedene Gruppen zugleich erreicht, so wird dies durch die Ambivalenz der Solidaritätsvorstellungen einzelner Personen noch verstärkt. Je nach politischer Rahmung eines Themas, je nach Wahrnehmung der konkreten Situation können unterschiedliche Haltungen und auch Handlungen der Solidarität aktualisiert werden.

Carina Altreiter ist post-doc research am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Jörg Flecker ist Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien und Vorsitzender des Vorstands der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA)

Ulrike Papouschek ist Arbeits- und Geschlechtersoziologin an der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien und Universitätslektorin.

Mögliche Quellenangabe

Altreiter, Carina / Flecker, Jörg / Papouschek, Ulrike (2020): Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat. Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft.. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 97–105.
www.armutskonferenz.at/files/alteiter-flecker-papouschek_solidaritaetsvorstellungen_2020.pdf

Literatur

- Altreiter, Carina / Flecker, Jörg / Papouschek, Ulrike / Schindler, Saskja / Schönauer, Annika (2019): Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft. Wien: Promedia Verlag.
- Bayertz, Kurt (1999): Four Uses of ‚Solidarity‘. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarity. Dordrecht: Kluwer, S. 3–28.
- Dallinger, Ursula (2009): Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale und normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 15–34.
- Smith, Christian / Sorrell, Katherine (2014): On Social Solidarity. In: Jeffries, Vincent (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Altruism, Morality, and Social Solidarity. Formulating a Field of Study*. New York: Palgrave Macmillan, S. 219–248.
- Stjernø, Steinar (2005): *Solidarity in Europe. The History of an Idea*. Cambridge: Cambridge University Press.

Der Artikel entstammt dem Buch

STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung
die Demokratie gefährden




DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

BoD-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

EIN-STIMMUNG

Armut als Störfaktor 19

Über die Entwertung von Betroffenen

Laura Wiesböck

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie 27

Die Perspektive from below

Ellen Bareis

Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem 41

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

Postdemokratie 71

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden

Colin Crouch

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat 97

Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand 107

Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik

Arno Pilgram

Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie 115

Hannah-Maria Eberle

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen 131

Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt

Christine Unterrainer

Kommentar

Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung 141

Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit

Wolfgang wodt Schmidt

Das Genossenschaftsprojekt OTELO 145

Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften

Martin Hollinetz

Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein 149

Reinkommen statt ‚draußen sein‘

Karl Immervoll

Digitalisierung inklusiv gestalten 153

Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
Wenn Algorithmen für uns entscheiden	163
Erich Tomandl	

STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE

Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein	167
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“	177
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT

Gentrifizierung im öffentlichen Raum	183
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen	193
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
Proteststimmen von unten	203
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!

Exklusive Demokratie	207
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

Wahlrecht für alle, die hier leben!	213
<i>Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich</i>	
Magdalena Stern	

STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG

Politik und Zufall	219
<i>Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren</i>	
Michael Lederer	

Stimme(n) erheben	225
<i>Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie</i>	
Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl	

Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken	231
Alban Knecht	

Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz	237
<i>Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren</i>	
Marianne Schulze	

Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen	241
<i>Status Quo, Defizite, Perspektiven</i>	
Michaela Moser	

STIMMEN GEGEN ARMUT!

Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise	247
Verena Fabris und Martin Schenk	

DIE ARMUTSKONFERENZ.	257
<i>Es ist genug für alle da!</i>	
<i>Armut bekämpfen. Armut vermeiden.</i>	

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



**SCHLECHT
BEZAHLTE
ARBEIT IST
WORK OHNE LIFE
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,
der uns vor Ausbeutung schützt.

WIR - GEMEINSAM. AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

volkshilfe.

SPENDE
JETZT!

KINDERARMUT ABSCHAFFEN.AT

Spendenkonto:

IBAN AT77 6000 0000 0174 0400 | Verwendungszweck: Kinderarmut

Online spenden unter:

www.kinderarmut-abschaffen.at | spenden@volkshilfe.at



www.diakonie.at

Jetzt spenden: AT07 2011 1800 8048 8500



Diakonie



Hoffnung braucht ein Ja.

Durch die Frühförderung der Diakonie hat Lilli ihre Liebe zu Büchern und Musik entdeckt.

**Lilli, Hoffnungsträgerin,
von uns begleitet seit 2008**